

Pressemitteilung

Linz, 13. März 2024

LK-Vollversammlung fordert von der EU deutlichen Bürokratieabbau

Praxistauglichere EU-Vorschriften zum Erhalt der Land- und Forstwirtschaft notwendig

Seit geraumer Zeit verlangt die Landwirtschaftskammer ein Umdenken auf EU-Ebene. Viele Bäuerinnen und Bauern sind angesichts der immer mehr werdenden Bürokratie, umfangreicheren Nachweispflichten und praxisfernen Verordnungsinhalten frustriert. Den EU-weiten Bauernprotesten liegen ähnliche Forderungen zu Grunde. Aufgrund des immer größer werdenden Drucks, werden nun verstärkt Debatten rund um kurz- und langfristige Maßnahmen zur Entbürokratisierung auf nationaler und auf EU-Ebene geführt.

Eine zentrale Forderung besteht darin, dass EU-Verordnungen an die natürlichen Bedingungen und Erfordernisse der Mitgliedsstaaten anzupassen sind und Entscheidungen auf wissenschaftlich fundierter Basis mit ausreichender Folgenabschätzung getroffen werden. Die kürzlich zurückgezogene EU-Verordnung zum nachhaltigen Pflanzenschutzmitteleinsatz hätte etwa zu einem drastischen Produktionsrückgang und damit zu einer Gefährdung der Selbstversorgung geführt. Handlungsbedarf besteht weiterhin bei der EU-Entwaldungsverordnung, da es in Österreich keine illegale Abholzung gibt und Forstflächen nicht für landwirtschaftliche Zwecke gerodet werden dürfen. Daher steht der vorgesehene Bürokratieaufwand in keinem vertretbaren Verhältnis zur damit erzielbaren Wirkung. „Die steigende Anzahl von Vorschriften, Formularen und Genehmigungsprozessen stellt immer mehr bäuerliche Familienbetriebe vor enorme Herausforderungen und führt mittlerweile auch zu einer massiven Beanspruchung und Frustration der Betriebsführer, so LK Präsident Franz Waldenberger.

Ein weiterer Kritikpunkt der bäuerlichen Interessensvertretung betrifft die kaum vorhandenen Anforderungen bei Importen von Lebensmitteln und Agrargütern aus Drittstaaten. Verglichen zu den hohen und strengen Produktionsstandards in der EU besteht daher eine deutliche Schieflage. Es braucht deswegen mehr Transparenz über die Herkunft und Produktionsweise von importierten Lebensmitteln sowie eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung, um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. „Wir sehen es nicht ein, warum hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Für Importe aus Drittstaaten müssen mindestens die gleichen Umwelt-, Tierschutz- und Sozialstandards gelten wie in der EU bzw. in Österreich. Nur so kann ein unfairer Wettbewerb verhindert und unsere heimische Landwirtschaft gestärkt werden“, so Waldenberger.

Weiters fordert die Vollversammlung, ein „One in – One Out Prinzip“ auf EU-Ebene zu forcieren. Das heißt, dass für jede neue Regelung eine bestehende gestrichen werden soll. Nach Aufforderung der EU-Kommission wurden zentral über die LK Österreich weitere konkrete Verbesserungsvorschläge für verschiedene Verordnungen eingebracht, die eine praxistauglichere Umsetzung und Anpassung an regionale Gegebenheiten ermöglichen sollen. „Die EU ist nun gefordert, diese Vorschläge ernst zu nehmen und umzusetzen, um das Vertrauen der Bäuerinnen und Bauern wiederherzustellen und faire Rahmenbedingungen zu schaffen, so Waldenberger.



*„Die Land- und Forstwirtschaft ist mit umfangreicher praxisfremder EU-Bürokratie konfrontiert. Das führt zu großer Frustration unter den Bäuerinnen und Bauern. Wir fordern daher einen deutlichen Bürokratieabbau sowie Verbesserungen und Anpassungen bei der Ausgestaltung von EU-Verordnungen. Ansonsten verlieren die Landwirte die Motivation weiter zu machen“, so LK-Präsident Franz Waldenberger bei der heutigen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ.
Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei*

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: DI Daniel Rogl
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at